



75 Jahre  
Rheinland-  
Pfalz

# AUFBAU UND ZUVERSICHT

Das junge Bundesland  
(1948 – 1951)



Landesfahne vor dem Hotel Rittersturz  
oberhalb der Stadt Koblenz \\  
B 145 F 046120 – 0012;  
Fotograf(in): Vollrath



Währungsreform.  
Geldausgabe in Koblenz \\  
STAK FA 1 - 017

# PHÖNIX AUS DER ASCHE?

## Vom Beutegut und Hungerland zur Aufbaugesellschaft



Kriegsheimkehrer in Koblenz \\  
STAK FA 1 - 017

Alle im Landtag vertretenen Parteien waren sich darin einig, dass für die Akzeptanz des jungen Bundeslandes und seiner demokratischen Ordnung eine deutliche Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung eine Grundvoraussetzung war. Dementsprechend stand die anhaltende katastrophale Versorgungslage regelmäßig



Trümmerfrauen \\  
STAK FA 2 Nr. 78

im Mittelpunkt der politischen Debatten und der Regierungsarbeit. Erst ab Jahresmitte 1948 konnte durch die Währungsreform in den westlichen Zonen und die Hilfen des Marshallplans eine Zeit des anhaltenden Aufschwungs eingeleitet werden, die in das „Wirtschaftswunder“ der Fünfzigerjahre mündete. Der Wiederaufbau von Infrastruktur und Wirtschaft nahm deutlich an Fahrt auf, als die anfängliche Krise, die ebenfalls durch den radikalen Währungsschnitt verursacht worden war, abflaute. Zwar hatte direkt nach der Währungsreform

das „Wunder der Schaufenster“ dazu geführt, dass längst entbehrte Waren wieder in den Handel gelangten. Den Menschen fehlte aber das Geld, um sie zu kaufen. Die steigenden Lebenshaltungskosten bei stagnierenden Löhnen und wachsender Arbeitslosigkeit ließen die sozialen Unterschiede wieder deutlich hervortreten. Die Integration von Kriegsheimkehrern, Verfolgten des Nationalsozialismus und der Zuzug von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen, gegen den sich die französische Besatzungsmacht mit Unterstützung der Landesregierung bis Anfang 1949 weitgehend erfolgreich wehrte, war eine schwierige wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe.

Mit der zweiten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 29. April 1951 wurde deutlich, dass an die Stelle von Chaos und Zusammenbruch eine funktionierende staatliche Ordnung getreten war, die weitgehend anerkannt wurde. Obwohl auf allen Ebenen des politischen Lebens das Desinteresse der Bevölkerung und die unzureichende politische Mitarbeit nach wie vor bemängelt wurden, zeigten die deutliche Steigerung der Wahlbeteiligung und die Halbierung der ungültigen Stimmen, dass die demokratische Legitimierung der Aufbaugesellschaft in der Bevölkerung akzeptiert wurde.



Karikatur über das „Wunder der Schaufenster“ \\  
LHAKo Bestand 700,145 Nr. 351,02

Zeitungsartikel über den Ablauf des Geldumtausches in Koblenz \\  
LHAKo Bestand 700,145 Nr. 351,02

## In Koblenz 2,5 Mill. DM ausgegeben

### Noch am Montag mußten einige Geschäfte gegen Altgeld verkaufen

-ko- Nun haben wir den Geldumtausch hinter uns. Er verlief im Stadt- und Landkreis Koblenz reibungslos. Als am Sonntagmorgen 5 Uhr die Landeszentralbank die neuen Geldnoten in die 18 Ausgabestellen von Koblenz überbringen ließ, hatten sich bereits die ersten Menschen dort angesammelt. Weil einige Beamte wegen Verkehrsschwierigkeiten nicht rechtzeitig kommen konnten, wurde die Ausgabe in den ersten Stunden nicht recht flüssig. Später ging sie jedoch recht gut vonstatten. Nur im Bezirk Altstadt und in den Büros für Reisende und Schiffer war noch nach 12 Uhr Andrang, da die Schiffer eine Radiomeldung falsch verstanden hatten und glaubten, nur in Koblenz ihr Geld empfangen zu können, während in Wirklichkeit die Ausgabestellen aller Orte auszahlsberechtigten waren. Am Abend des Sonntags waren in Koblenz nur noch 300 Haushalte ohne neues Geld. Ihnen war am Montag noch Gelegenheit zum Umtausch gegeben. Die Hilfe des Wohlfahrtsamtes nahmen in Koblenz 146 Familien in Anspruch. An diese gab das Wohlfahrtsamt zirka 20 000 RM. aus. Aber auch die freien Wohlfahrtsverbände legten den von ihnen Betreuten Altgeld in der Höhe der Kopfquote vor.

Als am Samstag beim Wirtschaftsamt gemeldet wurde, daß einige Geschäfte sich weigerten, gegen Altgeld Waren abzugeben oder unter fadenscheinigen Gründen ge-

schlossen hielten, wurden 40 Beamte der Gewerbe- und Wirtschaftspolizei zur Kontrolle eingesetzt. Die Geschäfte, die ohne Genehmigung geschlossen hatten, mußten sofort wieder öffnen; auch die Bäckereien wurden beauftragt, am Sonntag je 150 kg Mehl zu verarbeiten und das Brot sofort zu verkaufen. Dadurch ist die Versorgung mit Brot in dieser Woche nicht gefährdet; die Bäckereien verfügen über Mehlvorräte für drei Wochen. Die Kontrolle der Geschäfte wurde noch am Montag fortgesetzt. Einige Milch- und Kartoffelhändler, die entgegen der Anordnung ihre Waren nicht mehr ausgegeben hatten, wurden gezwungen, sie noch am Montag gegen Altgeld zu verkaufen.

-oo- Gas und Wasser, das seit dem letzten Ablesen und vor der Geldreform verbraucht worden ist, soll in neuer Währung, aber nur in der Höhe der Entwertungsquote berechnet werden.

-q- Die Verbraucher werden gebeten, die restlichen Einkellerungskartoffeln auf den 3. Zentner sofort abzuholen. Beliefert werden auch Berechtigungsscheine und Reismarken.

-oo- Der dritte Zentner Kartoffeln wird noch in dieser Woche vollständig ausgegeben. Es handelt sich um erstklassige Speisekartoffeln aus Holland und der Schweiz.

-oo- Die Prioritätsmarken für Februar werden ausgegeben.



Pressefotografen während der Rittersturzkonferenz \\\ LHAko Bestand 710, Nr. 16224

# RHEINLAND-PFALZ ALS AKTIVER PARTNER DER WESTINTEGRATION

## Die Rittersturzkonferenz und das Grundgesetz

Den Menschen in Rheinland-Pfalz waren die Informationen über die Ausgabe von Lebensmitteln immer noch wichtiger als Nachrichten über Konferenzen, Sitzungen und politische Entscheidungen. Dennoch wurde Koblenz im Sommer 1948 zum Schauplatz der großen Politik. Im



Der Konferenzort. Das Berghotel Rittersturz \\\ LHAko Bestand 710, Nr. 10464



Ministerpräsident Altmeier bei seiner Begrüßungsansprache \\\ LHAko Bestand 710, Nr. 10220



Peter Altmeier und Adolf Süsterhenn während der Beratungen \\\ LHAko Bestand 710, Nr. 989

Schatten des sich zuspitzenden Ost-West-Konflikts, der nach der gemeinsamen Währungsreform der drei westlichen Zonen seinen vorläufigen Höhepunkt in der Berlin-Blockade fand, lud Ministerpräsident Peter Altmeier zu einer Konferenz in das Berghotel Rittersturz hoch über der Stadt ein.

In Frankfurt hatten am 1. Juli 1948 die Militärgouverneure der Westzonen drei kurze Dokumente übergeben, die das Verfahren zur Gründung eines westdeutschen Staates formulierten und die Stellungnahme der Ministerpräsi-

denten einforderten. Während der Beratungen vom 8. bis 10. Juli 1948, die mit einem enormen organisatorischen Aufwand vorbereitet und begleitet wurden, konnten die entscheidenden Weichen für eine Staatsgründung gestellt werden. Die Koblenzer Beschlüsse vom 10. Juli 1948 bekannnten sich zu einem westdeutschen Staat und machten den Weg frei zur Bundesrepublik Deutschland und zum Grundgesetz. Rheinland-Pfalz war einer der Geburtshelfer und wurde Teil dieses neuen deutschen Staates.

Von besonderer Bedeutung für das junge Bundesland war aber vor allem auch das Dokument 2, mit dem die Überprüfung der Ländergrenzen gefordert wurde – für Rheinland-Pfalz eine Frage der Existenz. Es war der geschickten Argumentation Altmeiers zu verdanken, dass sich keine Mehrheit für eine Neugliederung des künftigen Bundesgebietes fand und der Fortbestand des Landes vorerst gesichert war. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, das mit maßgeblicher Beteiligung von Adolf Süsterhenn, dem rheinland-pfälzischen Justizminister, erarbeitet worden war, kamen die Ministerpräsidenten am 25. und 26. August 1949 noch einmal auf dem Rittersturz zusammen. Nach der Bundestagswahl beschlossen sie hier die Einberufung von Bundestag und Bundesrat sowie der Bundesversammlung und damit den Abschluss der Staatsgründung. Wie es Altmeier in seiner Abschlussrede formulierte, war dies ein Schritt auf dem Weg zur Vereinigung von ganz Deutschland.

Die Fahrer der Konferenzteilnehmer \\\ LHAko Bestand 710, Nr. 16225





Seifenkistenrennen in Koblenz, 1948 \\  
Privatbesitz, Hedwig Herdes

# ES GEHT WIEDER AUFWÄRTS!

Ein neues Lebensgefühl

Die ersten entbehrensreichen Jahre nach dem Krieg waren überwunden. Man wollte wieder leben und sah voller Hoffnung in die Zukunft. Aber trotz aller Aufbruchstimmung war die Realität hart und nach wie vor überschattet von den Folgen des Krieges. Viele Familien waren zerrissen, die Städte waren immer noch von den Ruinen geprägt und die Wohnverhältnisse waren nach wie vor angespannt. Erst am 1. März 1950 konnte das Rationierungssystem für Lebensmittel aufgehoben werden. Die materiellen Verhältnisse waren bescheiden. Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen nach der Währungsreform setzten den Menschen zu. Aber die Lebensfreude und die Zuversicht wollte man sich nicht nehmen lassen. In der knappen Freizeit feierte man die ersten Karnevalsumzüge. Fußballspiele und die ersten Seifenkistenrennen zogen die Zuschauer in Scharen an. Überall wurde getanzt und es wurde geheiratet. Weinfeste und das sehr vielfältige kulturelle Angebot wurden intensiv genutzt.

Natürlich wurde auch in der Kultur die Euphorie der direkten Nachkriegszeit von den Folgen der Währungsreform gedämpft. Aber der Aufbruch in eine neue Zeit gelang durch Eigeninitiative und staatliche Förderung. Gefördert von der Kulturpolitik der französischen Besatzer vollzog sich in der Kunst endgültig ein Bruch mit alten Konventionen. 1948 wurde die „Arbeitsgemeinschaft bildender Künstler am Mittelrhein“ gegründet. Deutschlandweit beispielhaft war die Einrichtung einer besonderen Form der Künstlerförderung. In Koblenz-Asterstein wurden in einer ehemaligen Kaserne ein Künstlerhaus eingerichtet und Stipendien für Künstlerinnen und Künstler vergeben. Auch das Koblenzer Stadttheater machte aus der Not eine Tugend und verschaffte mit der Gründung der Operettenfestspiele auf der Rheinliche seinen Künstlern eine neue Einnahmequelle und der Stadt Koblenz einen Touristenmagneten.

Es war aber auch die Zeit einer konservativen und traditionsbewussten Moral, wie die Auseinandersetzungen um den Kinofilm „Die Sünderin“ mit Hildegard Knef im Jahr 1951 deutlich zeigten. Es kam zu heftigen Debatten in den Zeitungen. Vor den Kinos demonstrierten die Gegner des Films, der schließlich einem Aufführungsverbot zum Opfer fiel. Ministerpräsident Altmeier erklärte, der Film sei „ein Schlag gegen die Ehre unserer Frauen und Mütter und gegen die Kraft unserer Jugend.“ Die öffentliche Moral gab sehr enge Grenzen vor.



Rosenmontagszug, 1951 \\  
StAK FA 1 – 532

**Odeon LICHTSPIELE**

Ab heute!  
Das filmische Ereignis des Jahres!  
Ein Erlebnis, das Sie nie vergessen werden!

INGRID BERGMAN

**Johanna von Orleans**

Ein Farbfilm in Technicolor  
Ein großartiges historisches Gemälde  
Für diesen Film veränderte Anfangszeiten  
Jeden Freitag und Samstag 19.00, 21.00

Das große deutsche Filmereignis

**Schwarzwaldmädel**  
DER ERSTE NEUE DEUTSCHE FARBFILM

Melodien, die die Welt begeisterten,  
im Rhythmus von heute!

Ein Farbfilm nach der gleichnamigen Operette  
von August Strindberg  
mit Sonia Ziemann, Rudolf Prack, Paul Hörbiger, Grett Schöng, Walter Müller, Liane Haidich, Fritz Kampers,  
Ernst Waldow, Hans Bülster  
und Lydia Volkmann mit ihrer Bläserbande

Ansprechzeiten: Mo. 19.00 17.00 19.30 21.30  
Di. 19.00 17.00 19.30 21.30  
Mi. 19.00 17.00 19.30 21.30

**Film-Palast**  
Koblenz – Ruf 3764 – Löhstraße 23

**Filmspiegel!**  
sonntagsvormittags 11 Uhr nach  
Messe und morgens  
1 x 1 der Ehe

**CAPITOL**

Ab heute:  
Ein sensationeller Film  
um den Sohn des  
Grafen von Monte Christo

mit  
**STUNDE  
VERGELTUNG**

Joan Bennett  
Louis Hayward

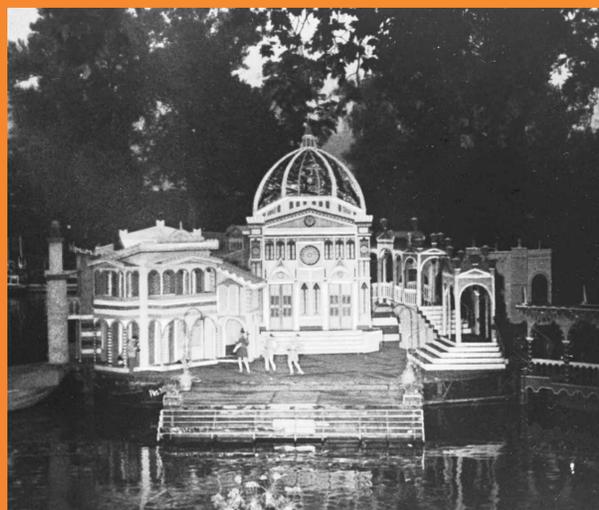
Spannung – Sensation  
Dramatik

Ein atemberaubender  
Abenteuerfilm!

Wo. 16.30 17.00 19.30  
So. 18.30 17.00 19.30

Freitag – Sonntag  
Mittag 12.00  
Spät-Vorstellung  
11.00  
**Der Herr der Wildnis**  
Hörst du meine Stimme?

Kinowerbung, 1950 \\  
Rhein-Zeitung, 13.10.1950



Die Operettenfestspiele auf der Rheinliche \\  
StAK FA 4,21 Nr. 7 Bild 233

Tanzveranstaltung im wiederaufgebauten Weindorf \\  
StAK FA 2 Nr. 2733





Der Plenarsaal des Landtags in Mainz \\  
LHAKo Bestand 710, Nr. 11012

# VERLUST UND KONSOLIDIERUNG

## Die Hauptstadtfrage

Die durch die französische Militärregierung angeordnete Landesgründung durch die Verordnung Nr. 57 hatte für die Stadt Koblenz erhebliche Konsequenzen. Nicht Koblenz, sondern die rheinhessische Stadt Mainz wurde zur Landeshauptstadt des neuen Landes bestimmt. Die Einschätzung des Rheinischen Merkur, Koblenz trete „der berühmteren und größeren Schwester am Rhein diese Stellung neidlos, wenn auch nicht leichten Herzens ab“, kann als komplette Fehleinschätzung bezeichnet werden. Bereits mit dem Antrag von Oberbürgermeister und Bürgerrat vom 5. September 1946 zum Verbleib des Regierungssitzes in Koblenz deutete sich an, dass die Hauptstadtfrage zu Diskussionen und Konfrontationen führen würde, die allerdings intensiv mit der Frage um die Neugliederung der Bundesländer und der Akzeptanz des Landes verknüpft waren.



Baustelle für das Bundesarchiv, Am Wöllershof 12 \\  
BA B 198 00631 Fotograf(in): o. Ang.



Das Landtagsgebäude in Mainz \\  
LHAKo Bestand 710, Nr. 15302



Zeitungs Schlagzeile über die Abstimmung zur Hauptstadtfrage \\  
LHAKo Bestand 860, Nr. 994

Nachdem der Mainzer Oberbürgermeister bereits im November 1948 verkündet hatte, dass einer Verlegung des Regierungssitzes nichts mehr im Wege stehe, wurden die folgenden Auseinandersetzungen seit 1949 mit der durch die Verabschiedung des Grundgesetzes wieder aufkommenden Diskussion um die Neugliederung der Länder verknüpft. Auf Drängen Altmeiers hatten die Franzosen dem neuen Land die souveräne Entscheidung über seine Hauptstadt ermöglicht, worin der Ministerpräsi-

dent die Chance sah, die eigenständige landespolitische Entscheidungskompetenz und damit die Zukunftsfähigkeit des Landes zu demonstrieren. Obwohl sich Altmeier von Anfang an für Mainz einsetzte, betonte der Ministerpräsident in seinen Verhandlungen mit den Franzosen die Notwendigkeit eines Ausgleichs für die Stadt an Rhein und Mosel in Form des Verbleibs von oberen Landesbehörden und der Übernahme von Dienststellen des Bundes. Die Stadt Koblenz setzte sich mit der intensiven Unterstützung durch Wirtschaft und Kultur mit allen ihren Möglichkeiten gegen eine Entscheidung für Mainz zur Wehr. Dass die Hauptstadtfrage allerdings nicht in erster Linie eine status- und wirtschaftspolitische Frage für die Stadt Koblenz war, sondern zu einer ersten Zerreißprobe für das junge Bundesland wurde, zeigte sich daran, dass insgesamt drei Anläufe nötig waren, um eine eindeutige Entscheidung für Mainz als Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz herbeiführen zu können.

Bis zum Mai 1951 waren alle Ministerien und der Landtag in der rheinhessischen Stadt untergebracht, so dass am vierten Verfassungstag des Landes, am 18. Mai 1951, die erste Sitzung des Landtages im Deutschhaus stattfinden konnte. Die Entscheidung für Mainz war ein Stabilisierungsfaktor, der es ermöglichte, dass die sehr unterschiedlichen Landesteile zu einem gemeinsamen Land zusammenwachsen konnten. Koblenz verlor diese Auseinandersetzung, entwickelte sich aber erfolgreich zum Zentrum im Norden.



Links:  
Die Hauptstadtfrage im  
Mainzer Karneval \\  
LHAKo Bestand 860, Nr. 994

Rechts:  
Stellungnahme der  
Stadt Koblenz zur Frage des  
Sitzes der Landesregierung \\  
LHAKo A 9872